

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kippinghaus, Berlin.  
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 6  
Telefon: C 2000

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen  
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 21. Juli 1931

Prof. Dr. H. C. G.  
Soz. Geschiedenis  
Amsterdam

Torpedo naar Londen.

Die neueste Anmassung der "nationalen Opposition".

SPD. Die "nationale Opposition", vertreten durch die Führer der Deutschnationalen, der Nationalsozialisten, des Landbundes, des Stahlhelms und der vaterländischen Verbände, übt sich wieder einmal in dem, was sie frivoler Weise die Rückenstärkung für die Regierung nennt. Sie hat am Dienstag an den Reichskanzler nach London telegraphiert und ihm Weisungen für sein Verhalten auf der Konferenz gegeben. Diese Weisungen laufen darauf hinaus, dass er weitere Reparationszahlungen ablehnen und sich unter keinen Umständen unter ein Diktat Frankreichs beugen soll.

Die "nationale Opposition" scheint sich über den wirklichen Stand der Dinge nicht ganz im klaren zu sein. Soweit - in ihrer Sprechweise - von einem Diktat Frankreichs überhaupt die Rede sein kann, so würde ein solches doch nur für die langfristige Anleihe in Betracht kommen. In London aber erörtert man andere Dinge, nämlich den kurzfristigen Kredit für die Reichsbank und die Schaffung von Sicherheiten gegen die weitere Zurückziehung von Devisen. Erst zu einem späteren Zeitpunkt wird die Frage nach den deutschen Garantien für langfristiges Geld wieder auf die Tagesordnung kommen, und im übrigen dürfte es den Herren Hugenberg, Hitler usw. bekannt sein, dass nicht nur Frankreich, sondern auch England und Amerika von der Notwendigkeit derartiger Garantien sprechen, wenn die Angelsachsen unter ihnen auch etwas anderes verstehen mögen als die Franzosen.

Man braucht nicht der "nationalen Opposition" anzugehören, um den Wunsch zu hegen, dass Deutschland unter normalen Bedingungen in den Besitz einer ausländischen Anleihe kommt. Aber man muss ihr angehören, um ausseracht lassen zu können, dass gerade das Auftreten der Unterzeichner des an Brüning gerichteten Telegramms für die Formulierung anormaler Bedingungen durch die fremden Geldgeber zum guten Teil verantwortlich zu machen ist.

Von der Last der Reparationen vollständig befreit zu werden, ist die Hoffnung auch derjenigen Deutschen, die sich nicht mit dem Mäntelchen einer besonders nationalen Gesinnung behängen. Nur wissen diese, dass es nicht nur vollständig sinnlos, sondern sogar politisch in hohem Masse gefährlich ist, in der gegenwärtigen Situation von dem Reichskanzler die Ablehnung weiterer Zahlungen in sozusagen ultimativer Form zu fordern. Aber derartige Bedenken brauchen die Nationalsozialisten und ihre Gefolgsleute nicht zu hegen. Sie haben ja noch niemals die Folgen, die ihre Schritte für das deutsche Volk nach sich ziehen können, in Rechnung gestellt. Ihnen ist nur an der Geste gelegen und an der agitatorischen Wirkung auf die, die nicht alle werden.

So ist ja auch ihre Drohung zu erklären, dass für die gesamte "nationale Opposition" etwa einzugehende neue Bindungen nicht rechtsverbindlich sein würden. Es gibt für den Schlusssatz ihres Telegramms nur zwei Auslegungsmöglichkeiten: entweder, sie wollen sagen, dass sie, wenn sie zur Regierung gelangen sollten, von dem Kabinetts Brüning übernommene Verpflichtungen nicht erfüllen

würden, oder aber, sie kündigen den offenen Widerstand gegen den Staat und seine Gesetze an. Im ersten Fall brauchte man sie nur daran zu erinnern, dass die Nationalsozialisten in dem Augenblick, in dem sie nach den Wahlen von 1930 der Macht nahe zu sein glaubten, das Ausland mit Eifer ihrer Erfüllungsbereitschaft versicherten, in dem anderen Fall aber würde die Drohung aufhören, eine Lächerlichkeit zu sein. Sie wäre ein Verbrechen, das die nationale Opposition, wenn andere es begingen, als Hochverrat brandmarken würde.

Es entsteht wiederum die Frage, wie lange die Reichsregierung noch gewillt ist derartige Anmassungen, wie sie sich die Verderber Deutschlands immer wieder und in jeder Situation glauben leisten zu können, unbeantwortet und ohne Gegenmassnahme hinnehmen will. Liegt in derartigen Anmassungen nicht ebenfalls eine Störung der öffentlichen Ordnung, nicht ebenfalls eine Verächtlichmachung der Reichsregierung, von der unter allen Umständen der Eindruck erweckt werden soll, als ob sie weniger national sei als die Maulhelden der "nationalen Opposition", als diese Verderber Deutschlands? Ist diese Störung, diese Verächtlichmachung nicht um so drastischer, als sie mit von einem Manne ausgehen, der in Deutschland nur Heimatrecht genießt? Als der deutsche Putschmajor Pabst im vergangenen Jahre den Versuch machte sich in die Innenpolitik Deutsch-Oesterreichs einzumischen, wurde er von einer rechtsstehenden österreichischen Regierung von heute auf morgen des Landes verwiesen. Und Hitler? In keinem Lande der Welt würde man eine derartige Gestalt, nach einem Telegramm, wie es am Dienstag mit seiner Unterschrift nach London ging, auch nur noch einen Tag länger dulden.

SPD. Wien, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Wien steht bereits ganz im Bann der Olympiade. Fahnen in allen Arbeitervierteln und, obwohl noch kaum ein Viertel der erwarteten Gäste angekommen ist, sieht man überall Trupps von Mädeln und Bürschen, die von Wiener Sportlern geführt, durch die Strassen ziehen. Kommen die Gäste in einen der grossen Wohnbauten der Gemeinde Wien, die über und über mit Blumen, Transparenten und Fähnchen geschmückt sind, so sind sie bald der Mittelpunkt des ganzen Hauses, das Fragen und Antworten und Begrüssen nimmt kein Ende. Aber nicht nur Wien hat sich geschmückt. An der Westbahnstrecke, über die die deutschen Sportler kommen werden, sind auf freiem Feld in der Nähe der grösseren Ortschaften Fahnenmaste aufgestellt und dazwischen ist der Gruss gespannt "Frei-Heil Euch Arbeitersportlern aus aller Welt!"

Den Auskunftsstellen auf den Bahnhöfen, haben sich eine Unzahl freiwilliger Helfer zur Verfügung gestellt. Diese kleinen Büroräume sind den ganzen Tag über voll. Immer wieder sieht man einen Trupp mit einem Führer davongehen, während der nächste Zug schon in die Halle rollt und neue Gäste bringt. Eine einzige Sorge überschattet heute noch die Festesfreude: ob die angemeldeten 30 000 deutschen Gäste auch wirklich alle kommen. Sie sollen sich, hört man die Quartiergeber überall sagen, wegen der Mark keine Sorge machen. Die Wiener Arbeiter brennen darauf den deutschen Freunden ihre Stadt zu zeigen.

Leider lässt das Wetter z.Zt. noch zu wünschen übrig, sodass die Farbenpracht in der Stadt zunächst nicht ganz zur Geltung kommt.

SPD. Unter dem Eindruck der gegenwärtig herrschenden Geld- und Kreditknappheit ist eine weitgehende Stockung der Steuerzahlungen eingetreten, sodass die Steuereinnahmen, die das Reich in diesen Tagen zu erwarten hatte, in ausserordentlichem Masse zurückgegangen sind. Die Regierung hat sich deshalb gezwungen gesehen, in einer neuen Notverordnung Zwangsmassnahmen gegen die Rückhaltung der Steuerzahlungen anzuwenden.

Die Reichsregierung hat dabei auf Bestimmungen zurückgegriffen, die

schon einmal, im Herbst 1923, angewendet werden mussten, um die säumigen Steuerzahler zur Abführung der Steuern zu zwingen. So wie damals sind diese Vorschriften auch heute berechtigt. Eine weitere Verminderung der Steuereinnahmen von Reich, Ländern und Gemeinden ist unerträglich. Sie müsste dazu führen, dass die öffentlichen Kassen ausserstande sind, Gehälter, Renten und Unterstützungen auszuzahlen.

Die Sozialdemokratie hat die verschärfte Eintreibung der Rückstände seit Jahr und Tag immer wieder verlangt, sie ist aber stets auf den Widerstand des Reichsfinanzministeriums und der bürgerlichen Parteien gestossen. Die jetzt getroffenen Massnahmen kommen viel zu spät und sind völlig unzureichend. Denn mit dem Kampf gegen die Rückstände allein ist es nicht getan. In den letzten Jahren hat das Reich die grössten Steuerausfälle durch umfangreiche Erlasse und Niederschlagungen bei den Besitzsteuern erlitten. Auch nach der neuen Notverordnung bleibt die Gefahr, dass diese Erlasspraxis fortgesetzt wird. Nach wie vor wird es dem Reichsfinanzministerium möglich sein, Stundungen, Erlasse und Niederschlagungen auszusprechen und damit einen guten Teil der Einziehungsarbeit der unteren Behörden wieder hinfällig zu machen.

Es ist seit langem bekannt, dass deswegen in den Kreisen der Steuerbeamenschaft eine grosse Misstimmung herrscht und es ist bezeichnend, dass der wiederholt gestellte sozialdemokratische Antrag auf statistische Nachweisung der Erlasse und Niederschlagungen immer wieder vom Reichsfinanzministerium zu Fall gebracht worden ist. Daher scheint die in Beamtenkreisen weit verbreitete Ansicht nicht grundlos zu sein, dass die Leitung der Steuerabteilung im Reichsfinanzministerium bisher allzu oft den grosskapitalistischen Einflüssen erlegen ist und eine grosszügige Erlasspolitik gerade zugunsten der leistungsfähigsten Steuerzahler getrieben hat. Dadurch sind dem Reich viele hundert Millionen Steuereinnahmen verloren gegangen. Mit dieser Praxis muss jetzt ein Ende gemacht werden. Dazu bedarf es keiner Notverordnung, sondern nur eines energischen Eingreifens des Reichsfinanzministers.

SPD. München, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Landfriedensbruchprozess in Weilheim (Oberbayern), wo gegenwärtig über eine von den Nazis angezettelte sehr blutig verlaufene Saalschlacht verhandelt wird, stellte sich heraus, dass die Hitlerpartei auf den Postämtern, wo sie unter den Beamten über Anhänger verfügt, sogenannte SA-Beobachter eingerichtet hat, denen die Aufgabe zufällt, alle unter dem Schutz des Amtsgeheimnisses stehenden dienstlichen Vorgänge von politischer Bedeutung ihrer Partei zu melden.

Am Sonntag den 1. Februar dieses Jahres sprengten die Nazis eine sozialdemokratische Versammlung in Murnau, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Auer-München referierte. Die Folge waren eine schwere Schlägerei, völlige Demolierung des Lokals mit rund 3 000 Mark Sachschaden und eine erhebliche Anzahl Schwerverletzter. Wegen dieser Vorgänge stehen jetzt 26 SA-Leute Hitler und 7 Angehörige des Reichsbanners in Weilheim vor Gericht. Sie haben sich wegen schweren Landfriedensbruches, verabredeter Versammlungssprengung, Verletzung des Telegrafengeheimnisses und anderer Delikte zu verantworten. Die beabsichtigte und organisierte Versammlungssprengung ist einwandfrei nachgewiesen durch einen bei den Gerichtsakten liegenden geheimen Sturmbefehl, den der SA-Führer Rössler am 29. Januar an alle "Gruf und Truf im Sturm 55" erlassen hat. Noch am gleichen Tag erhielt die sozialdemokratische Parteileitung Münchens Kenntnis von diesem Befehl und richtete ein Warnungstelegramm an ihre Murnauer Parteifreunde. Dieses Telegramm wurde den Nazis sofort durch den Postassistenten Ibler vom Weilheimer Postamt verraten. Ibler ist nämlich der sogenannte SA-Beobachter für den Weilheimer Bezirk und in dieser Funktion dazu bestimmt, alle dienstlichen Vorgänge von politischer Bedeutung der Hakenkreuzpartei zur Kenntnis zu bringen. Das Schriftstück, mit dem er in diesem

Falle das Amtsgeheimnis preisgab, befindet sich ebenfalls bei den Akten des Staatsanwalts.

Hauptangeklagte sind der Bezirksleiter der Nazis, Englbrecht, SA-Sturmführer, Ingenieur Rössler und der SA-Truppen-Führer Gastwirt Pichler, die in der Anklageschrift des Staatsanwaltes als die Rädelsführer des Landfriedensbruches bezeichnet sind. Eine Haussuchung bei dem erstgenannten Angeklagten förderte ein Maschinengewehr mit Ersatzteilen zutage. Die Vernehmung der angeklagten Hakenkreuzler ergab bisher keine wesentlichen Momente. Ihre Aussagen waren auf Leugnen abgestellt und zeigten eine beinahe wörtliche Übereinstimmung. Ihre im Untersuchungsprotokoll gemachten Teilgeständnisse bezeichneten sie als erpresst und gefälscht, ohne dass der Gerichtsvorsitzende dagegen etwas einzuwenden hatte. Er schwieg selbst, als der angeklagte Reichsbahninspektor Weiss unter Berufung auf das berühmte Schandwerk Zarnows die Justiz als Dirne der Republik bezeichnete. Auf einen empörten Hinweis des Verteidigers der Reichsbannerangeklagten meinte der Staatsanwalt, in dem Buch Zarnows sei ja nur die preussische und nicht die bayerische Justiz gemeint.

SPD. Paris, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Der "Temps" stellt am Dienstag fest, dass die Londoner Konferenz in einer weit besseren Atmosphäre begonnen habe als man vorausgesehen hätte. Er fügt jedoch hinzu, dass die jetzige Atmosphäre nicht genüge, um alle Hindernisse zu überwinden. Die erste Aufgabe der Konferenz sei, einen Beschluss über die Methoden und das Verfahren zu fassen, dann werde es die Aufgabe von Sachverständigen sein, die Grenzen der Mittel zu bestimmen. Das werde Zeit in Anspruch nehmen und es frage sich, ob Deutschland unter den gegenwärtigen Umständen warten könne. Man habe aber den guten Willen, zu einem Ergebnis zu kommen und diese Tatsache sei eine Erklärung dafür, dass man trotz aller Schwierigkeiten optimistisch bleibe.

SPD. Das Ziel der Londoner Ministerbesprechungen ist nach den am Dienstag-Abend an Berliner amtlichen Stellen vorliegenden Londoner Nachrichten auf die Bildung eines Stillhaltekonsortiums und auf die Gewährung eines Rediskontkredits in Höhe von 1,5 Milliarden Mark gerichtet. Das Stillhaltekonsortium soll 3 Jahre dauern, der Rediskontkredit ist zunächst auf 3 Monate geplant.

Man rechnet in London damit, dass die Besprechungen der Minister am Donnerstag-Abend beendet werden können und die deutschen Delegierten noch am gleichen Abend nach Berlin zurückreisen. Die technischen Modalitäten der bis dahin getroffenen prinzipiellen Abmachungen sollen im Anschluss an die Ministerbesprechungen von Sachverständigen festgelegt werden.

Was ist ein Stillhaltekonsortium? Um sich ein Bild von den Funktionen einer derartigen Konsortiums zu machen, ist es wohl nötig, diesen Begriff aus der Geschäftspraxis heraus zu entwickeln. Stellen wir uns ein grösseres Unternehmen vor, das, wie es in diesen Tagen häufiger passieren soll, in Zahlungsschwierigkeiten gerät. Diese Zahlungsschwierigkeiten beruhen in den meisten Fällen nicht darauf, dass kein Vermögen, Sachwerte usw. vorhanden sind, sondern darauf, dass die Betriebsmittel des Unternehmens in Waren usw. festgelegt sind und nicht flüssig gemacht werden können, weshalb das Unternehmen keine Zahlungen leisten kann. Man sagt, es ist illiquid geworden. Wenn die Gläubiger nun auf Eintreibung ihrer Forderungen bestehen, dann müssen die Vermögenswerte veräußert, versteigert werden. Diese Versteigerungen treffen in der Regel auf eine ungünstige Marktlage. Es können nur äusserst niedrige Preise, also Verlustpreise, erzielt werden. Das Unternehmen wird verramscht. Seine Vermögens-

werte werden sozusagen verschleudert. Das liegt nicht im Interesse des betroffenen Unternehmens und auch nicht im Interesse seiner Gläubiger. Man sagt sich also, wir wollen dem Unternehmen Zeit lassen, dass es seine Vermögenswerte langsam auf den Markt bringt, um so bessere Preise zu erzielen. Die Gläubiger stellen dann ihre Forderungen zurück. Sie halten still.

Meistens entwickeln sich die Dinge so, dass die Gläubiger unbedingt Geld brauchen. Man wendet sich, um die entsprechenden Mittel zu beschaffen, an irgendeine Bank. Die Bank übernimmt für das illiquid gewordene Unternehmen die Zahlungsverpflichtungen und zahlt die Gläubiger aus. Die Bank, die in das Geschäft gegangen ist, ist bestrebt, mögliche Verluste, also das Risiko, zu verteilen, sie sucht Partner für dieses Geschäft und wendet sich an andere Banken. So entsteht eine ganze Gruppe, das sogenannte Konsortium, das dann stillhält. Das ist das Stillhaltekonsortium.

Im Falle Deutschlands wird das Stillhaltekonsortium von den grossen Noteninstituten der Welt gebildet werden.

-----  
SPD. Amsterdam, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor dem Haager Internationalen Gerichtshof rückte der deutsche Vertreter Dr. Bruns am Dienstag die Frage der Unabhängigkeit Österreichs in den Mittelpunkt der Verhandlungen. Er wandte sich dagegen, dass man nur von den durch Österreich übernommenen Verpflichtungen, aber nicht von den von Österreich durch die Verträge erworbenen Rechten spreche. Auch nach der französischen Denkschrift könne Österreich normale Verpflichtungen übernehmen. Nirgends sei Österreich in den Verträgen die Freiheit genommen, selbständige Verträge zu schliessen und handelspolitische Abmachungen zu vereinbaren.

-----  
SPD. Paris, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Ein italienischer Arbeiter hat am Dienstag-Vormittag in dem Pariser Vorort St. Denis seine beiden Geliebten durch Revolverschüsse schwer verletzt und sich dann durch einen Schuss in die Schläfe das Leben genommen. Aus einem in den Taschen des Italieners gefundenen Brief geht hervor, dass eine Geliebte ihn veranlasst hat, sein Eigentum in Italien zu verkaufen. Als sie mit ihm den Erlös vergeudet hatte, verliess sie ihn. Der Italiener hatte schon mehrmals vor Zeugen erklärt, dass er seine Freundin ermorden würde. Als er am Dienstag-Vormittag keinen Pfennig Geld mehr besass, führte er die Drohung aus und wandte die Pistole zugleich gegen seine zweite Freundin.

-----  
SPD. Die Ausführungsbestimmungen zu der Notverordnung über die Besteuerung von Auslandsreisen sind am Dienstag-Nachmittag fertiggestellt worden. Sie dürften die Notverordnung in der Praxis ziemlich wirkungslos machen. Aus Prestigerücksichten hat man davon abgesehen die Fehlgeburt sofort aufzugeben.

Das Reichskabinett trat am Dienstag-Abend wieder zu einer Sitzung zusammen

-----  
SPD. Paris, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Vor dem Senat, der zur Zeit in Sachen Oustric als Staatsgerichtshof tagt, wurde am Dienstag als Zeuge u. a. der Gouverneur der Bank von Frankreich Moret vernommen, der im Jahre 1926 Direktor der Staatsschuldenverwaltung im Justizministerium war. Moret war seinerzeit gegen die Einführung der Snia-Viscosa-Aktien an der Pariser Börse.

SPD. London, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Die für Dienstag vormittag angesetzte Siebenmächte-Konferenz begann um 10 Uhr und wurde um 12.45 Uhr beendet. Ihr Ergebnis war die Einsetzung eines Unterkomitees der Finanzminister. Seine Aufgabe besteht darin, die vorläufigen Massregeln für eine Atempause zugunsten Deutschlands auszuarbeiten. Das Unterkomitee trat nachmittags zu seiner ersten Beratung zusammen. Die Besprechung dauerte bis in die späten Abendstunden.

Amtlich wurde über die Vormittagssitzung folgende Mitteilung ausgegeben: "Die Konferenz hat über die Möglichkeiten einer internationalen finanziellen Zusammenarbeit zwischen den Mächten beraten, die geeignet sein können, möglichst umgehend das Wirtschaftsgleichgewicht in Deutschland wiederherzustellen und zwar als Vorbereitung zur Prüfung weiterer Massregeln, die sich später als notwendig erweisen sollten, um die Finanzsituation Deutschlands dauernd wieder auf eine feste Grundlage zu stellen. Es wurde vereinbart, dass die Finanzminister der auf der Konferenz vertretenen Mächte sowie Reichskanzler Brüning nachmittags unter dem Vorsitz MacDonalds zu einer neuen Sitzung zusammentreten in der die Prüfung der aufgeworfenen Fragen fortgesetzt werden soll."

MacDonald gab am Schluss der Dienstag-Vormittagsitzung der Hoffnung Ausdruck, dass die Finanzminister der Vollkonferenz am Mittwoch-Vormittag bereits bestimmte Vorschläge unterbreiten können. Diese Hoffnung gründete sich u.a. auf Ausführungen des amerikanischen Delegierten Stimson, der die grundsätzliche Bereitschaft der amerikanischen Banken zu einem Stillhaltekonsortium darlegte. Die Schwierigkeit liegt in der Notwendigkeit, dass nicht nur die Grossbanken, sondern auch die kleineren Ausländsinstitute zu einer Beteiligung an einem derartigen Konsortium veranlasst werden müssen.

Der Plan einer grossen langfristigen Anleihe ist vorläufig aus der Diskussion verschwunden. Die Begebung einer solchen öffentlichen Anleihe würde unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf grosse Schwierigkeiten, insbesondere politischer Art, stossen.

SPD. Die Deutschnationale Fraktion hat im Preussischen Landtag eine Anfrage und zwar gleich eine grosse eingebracht, in der es u.a. heisst, dass sich die letzte Notverordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen in der Presse vor allem gegen den Volksentscheid auf Auflösung des preussischen Landtags richtet. Mit anderen Worten behaupten die Deutschnationalen also, dass der Reichspräsident gegen den Volksentscheid ist.

Richtig ist, dass sich die Notverordnung gegen alle politischen Ausschreitungen richtet, also selbstverständlich auch gegen die Hetze während der Propaganda für den aussichtslosen Volksentscheid. Wer diese Propaganda sachlich führt, hat von der neuen Notverordnung nichts zu befürchten. Was sie unterbinden soll ist die Gemeinheit, mit der im "nationalen Lager" und bei seinen linksradikalen Bundesgenossen seit Monaten politisiert wird, und nicht die sachliche Kampfweise.

SPD. London, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Reichsaussenminister hatte am Dienstag nachmittags eine längere Unterredung mit dem amerikanischen Staatssekretär Stimson.

In einer Erklärung vor Vertretern der deutschen Presse betonte Dr. Curtius, dass Stimson sich in hervorragendem Masse an den Londoner Besprechungen beteilige und Amerika entschlossen sei, die Lage genau zu prüfen und zu klären. Stimson erklärte amerikanischen Pressevertretern gegenüber, dass ein Erfolg der Londoner Konferenz und damit die notwendige wirtschaftliche Stabilität Deutschlands nur erreicht werden könne, wenn die Konferenz schnell arbeite und eine Lösung der akuten Fragen schnellstens finde. Langwierige Verhandlungen würden den psychologischen Wert der Londoner Aktion von vornherein zunichte

machen. Stimson dementierte schliesslich, dass er von dem Präsidenten Hoover telefonisch neue Instruktionen für die Londoner Konferenz erhalten habe. Trotz dem ist man hier von diesen Instruktionen überzeugt. Man legt sie dahin aus, dass Amerika unter allen Umständen mit und ohne die in London verhandelnden Mächte entschlossen sei, Deutschland die erforderliche finanzielle Hilfe zu bringen.

-----

SPD. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Dienstag in Berlin zur wirtschaftlichen und politischen Lage zwei Resolutionen angenommen, Die eine fordert Ueberwindung der Krise "aus eigener Kraft", also das Gegenteil von dem, was der Hugenberg-Konzern in seinem Elend getan hat, indem er die Danat-Bank bzw. deren jüdischen Chef Goldschmidt um 23 Millionen Mark anpumpte, die bisher natürlich nicht zurückgezahlt sind und wer weiss wann jemals zurückgezahlt werden. Herr Hugenberg hat in dieser Hinsicht bekanntlich grosse Erfahrungen.

Die deutschnationale Fraktion nahm ferner noch eine Entschliessung gegen die neueste Presse-Notverordnung des Reichspräsidenten an. Sie ist ein Musterbeispiel für die "sachliche Kampfweise" der deutschnationalen Herrschaften, nämlich so, dass ihre Veröffentlichung unter die betreffende Notverordnung fallen würde.

-----

SPD. Köln, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Am Dienstag wurde für den linksrheinischen Braunkohlenbergbau folgende freie Vereinbarung abgeschlossen: Ab 1. September Herabsetzung der Schichtzeit von 9 auf  $8\frac{1}{2}$  Stunden, der Arbeitszeit von  $8\frac{1}{2}$  auf 8 Stunden ohne Lohnausgleich. Dort wo der Betrieb es erlaubt und die Möglichkeit gegeben ist, kann mit Einwilligung des Betriebsrats auch die Schichtzeit auf 8 Stunden herabgesetzt werden. Der bisherige Lohn bleibt bis zum 15. Oktober bestehen. In der Zeit vom 1. bis 15. Oktober soll über den Lohn erneut verhandelt werden. Damit wäre also der von den Unternehmern geplante zehnpromzentige Lohnabbau zunächst abgewehrt.

-----

SPD. Der Oberpräsident von Hessen-Nassau hat die kommunistische "Arbeiterzeitung" in Frankfurt a.M. auf die Dauer von vier Wochen verboten. Das Blatt hat wiederholt gegen die Presse-Notverordnung des Reichspräsidenten verstossen.

Der Oberpräsident der Provinz Hannover hat das Nazi-Blatt in Hannover auf vier Wochen verboten. Das Verbot erfolgte wegen einer Kritik des Blattes an der Notverordnung über die Einschränkung der Pressefreiheit und auf Grund eines Artikels mit der Ueberschrift: "Novembertage 1918 wiederholen sich".

-----

SPD. Kopenhagen, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Aussperrung in der dänischen Schuhwaren-Industrie ist nach dreimonatiger Dauer beendet. 4000 Arbeiter nehmen am Donnerstag die Arbeit wieder auf. Die neuen Vereinbarungen sehen eine Lohnsenkung bis zu 8 Prozent vor.

-----

SPD. Budapest, 21. Juli (Eig. Drahtb.)

In dem grossen Kuppelsaal eröffnete der ungarische Reichsverweser am Dienstag das neugewählte ungarische Parlament. In seiner Rede dankte Horthy dem amerikanischen Staatspräsidenten für die von ihm eingeleitete Hilfsaktion zugunsten Europas. Ungarn hoffe, dass diese Initiative eine

atmosphäre schaffen werde, die allmählich auch dem ungarischen Lande die Möglichkeit einer langfristigen Auslandsanleihe und eine bessere Erfüllung seiner Kreditbedürfnisse bringe. Zunächst werde man versuchen, dem Lande durch Sparsamkeit und den Abbau der Ausgaben von innen heraus zu helfen.

---

SPD. Der Dresdner Polizeipräsident hat die kommunistische Wochenzeitung "Der arme Teufel aus der Oberlausitz" sowie die alle 14 Tage erscheinende kommunistische "Sächsische Erwerbslosen-Zeitung" verboten.

In Mecklenburg wurde die kommunistische "Volkswacht" wegen eines Angriffs gegen die deutsche Währung auf die Dauer von vier Wochen verboten.

+ + +  
Am Dienstag nachmittag wurde auf Anordnung des Untersuchungsrichters beim Reichsgericht in der Zentrale der Kommunistischen Partei, dem Karl Liebknecht-Haus in Berlin, eine Haussuchung vorgenommen. Die Aktion ist auf kommunistische Zersetzungsversuche in der Reichswehr zurückzuführen. Im Verlauf der polizeilichen Massnahme wurde der kommunistische Landtagsabgeordnete Gohlke vorübergehend wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt festgenommen. Als die Polizei in das Karl Liebknecht-Haus eindrang, verschloss Gohlke seine Tür, sodass sich die Polizei nur gewaltsam Einlass verschaffen konnte.

---

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Ausgemünzte Gesinnung.

SPD. Der "Völkische Beobachter" des Herrn Hitler hat den Rechtsanwalt Dr. Lütgebrune als einen nationalsozialistischen Kämpfer gefeiert, der "seit der Revolution im Kampf und Freiheit und Recht der Nationalsozialisten in vor-derster Front stand". Gegen Herrn Lütgebrune, der als Verteidiger der schleswig-holsteinischen Bombenwerfer wirkte, ist der Vorwurf erhoben worden, dass er sich ein Riesenhonorar für den Prozess habe auszahlen lassen. Der "Völkische Beobachter" hat diesen Vorwurf gegen seinen Helden als "erstunken und erlogen" bezeichnet, als einen Ausfluss des an Marx geschulten materialistischen Geistes. Das eine Hitler-Blatt wird jedoch von dem anderen auf den Mund geschlagen, denn die nationalsozialistische Schleswig-Holsteinische Tageszeitung schreibt über Herrn Lütgebrune :

"Es ist massgeblichen Landvolkkämpfern völlig schleierhaft, wo die Gelder, die mit einer halben Million beziffert werden, geblieben sind. Wenn der Hauptverteidiger Lütgebrune der notleidenden und angeklagten Bauern 150 000 Mark Gebührnisse für die schleswig-holsteinischen Prozesse verlangt und nach den Angaben eines Mitverurteilten davon über 100 000 Mark bereits erhalten hat, so ist das umsomehr ein Skandal, als er in den Bauernnotprozessen in Ostpreussen ähnliche Summen gefordert hat. Wir Nationalsozialisten denken garnicht daran in Zukunft auch nur noch einen roten Pfennig für diesen Mann zu opfern, der sich als nationaler Anwalt aus der Not der Bauern solche Riemen schneidet."

Ein führendes Mitglied der Landvolkbewegung hat dem Ostholsteinischen Tageblatt mitgeteilt, dass Herr Lütgebrune in mehreren Fällen das Erscheinen zu wichtigen Gerichtssitzungen verweigert hat, wenn ihm nicht vorher bis zu einem bestimmten Termin bestimmte grössere Summen übermittelt würden. Von seinen Klienten, die kein Bargeld hatten, soll er sich ausserdem in Wechseln habe bezahlen lassen, die er sofort in Umlauf gesetzt hat, sodass schleswig-holsteinische Landwirte daraus in überaus unangenehme Bedrängnis geraten sind. Ein Prüfungsbericht der Landvolkkommission hat gegenüber allen Ablehnungsversuchen festgestellt, dass an Dr. Lütgebrune bisher ein Honorar in Höhe von über 82 000 Mark ausgezahlt worden ist. Eine derartige Belastung ist natürlich geeignet, die Beteiligten in weit grössere Schwierigkeiten zu bringen als es die hartesten Steuerforderungen jemals vermöchten. Alles in allem gerechnet hätten die schleswig-holsteinischen Bauern, die der Bombenlegermanie verfallen sind, klüger gehandelt, wenn sie ihre Steuern bezahlt hätten, statt das mehrfache davon diesem nationalen Anwalt zuwenden zu müssen. Herr Lütgebrune ist sich über die Wirkung seiner Honorare durchaus im klaren. Er hat deswegen auch ein ergreifendes Buch über die deutsche Bauernnot geschrieben.

Blinder Gehorsam.

Im Kampf zwischen dem Vatikan und dem Faschismus enthüllt sich das wahre Wesen des Faschismus. Die amtliche Zeitung der faschistischen Partei für Sizilien veröffentlicht einen Artikel gegen den Vatikan, in dem das folgende erklärt wird :

"An einem absurden Beispiel wollen wir das Mass unserer blinden Ergebenheit beweisen: Wenn der Duce uns befehlen würde, sämtliche Bischöfe zu erschliessen, so würden wir auch nicht einen Augenblick zaudern. Sollte sich zufällig in unseren Reihen der Eine oder der Andere finden, der nicht von diesem Schlage ist, dann mag ihn der Papst nur zu sich nehmen."

Blinder Gehorsam bis zum Mord - das kennzeichnet die Faschisten jenseits wie diesseits der Alpen. Dieser blinde Gehorsam ist nur möglich auf der Grundlage einer eigenen brutalen Gesinnung, die selbst vor dem Morde nicht zurückschreckt. Die Mordlust als blinder Gehorsam gegenüber dem Führer maskiert, treibt auch in Deutschland die Banden Hitlers auf der Strasse zur Gewalttat gegen den politischen Gegner. Erziehung zur Gewalttat, blindwütige Mordlust charakterisiert die wahren Faschisten. Man ermesse daran, welche Bedeutung es hat, wenn jetzt zur Zeit der Londoner Konferenz die Hugenberg und Hitler, Seldte und Düsterberg unverhohlene Morddrohungen gegen den deutschen Reichskanzler ausstossen!

#### Der verräterische Bleistift.

Vor der Strafkammer in Köln wurde gegen vier Nationalsozialisten verhandelt, die an einer Schiesserei auf der Strasse teilgenommen hatten. In diesem Prozess wurden auch Sachverständige vernommen, Während der Verhandlungen wurde es einem der Sachverständigen langweilig, er nahm den Bleistift zur Hand und begann auf seinem Aktenheft Figuren zu zeichnen. Er malte ein Hakenkreuz neben dem ändern auf das Aktenheft. Der Herr war als Sachverständiger geladen und als Sachverständiger spielte er sich auf, der Bleistift in seiner Hand aber verriet in unbewachten Augenblicken, dass sein Sachverstand durch seine Voreingenommenheit für die angeklagten Nationalsozialisten, seine Gesinnungsfreunde, rettungslos getrübt war! Der Bleistift in der Hand verrät manchmal mehr als er soll.

#### Lahusen - Christentum.

Der Kommerzienrat Lahusen, Stammvater der Dynastie, war mit seinen Textilarbeitern in Delmenhorst nicht zufrieden. Sie waren ihm nicht ergeben genug, nicht fromm genug und vor allem verlangten sie zuviel Lohn. Er beschloss, sich ergebenere und billigere Arbeiter zuzulegen und schickte deshalb einen Pastor namens Boche nach Ungarn, auf dass er getreue Untertanen für das christliche industrielle Königreich der Familie Lahusen anwerbe. Der Herr Pastor fand sehr rasch zahlreiche ungarische Familien, die bereit waren, nach Delmenhorst zu ziehen. Er gewann sie auf eine echt Lahusensche Art und Weise, indem er den Ungaren als angeblich bezahlte Arbeiterlöhne die Beträge angab, die den Meistern gezahlt wurden. Als die ungarischen Familien in Delmenhorst erkannten, wie sie betrogen worden waren, rebellierten sie und wollten sich an dem Lahusenschen Pastor rächen. Der aber war verschwunden. Es ist ihm nichts geschehen, er ist vielmehr heute in Bremen Pastor an einer ganz neuen Kirche, zu deren Bau die Familie Lahusen durch reiche Spenden beigetragen hat.

Die fruchtebringende Frömmigkeit hat sich bei den Lahusens von Generation zu Generation weiter vererbt - der Geist des Betrugers aber auch!

#### Wer ist ein Bolschewist?

Die Presse der Hugenberg und Hitler sucht durch lautes Geschrei gegen den Bolschewismus von der Schuld ihrer Herren und Meister am deutschen Niedbruch abzulenken. Die Blätter Hugengebgs verbreiten einen Aufsatz eines ehemaligen russischen Professors über den Bolschewismus, in dem wir den folgenden Satz finden:

"Wer die Verbreitung der bolschewistischen Lehren verfolgen und im Grunde ihres Erfolges verstehen möchte, der müsste sich vor allem an die richtige Formel des Bolschewismus halten: Es ist die hemmungslos und rücksichtslos gewordene Begierde."

Rücksichtslos und hemmungslos gewordene Begierde - das ist der treffende Ausdruck, um die Wirtschaftsbankerotteure à la Lahusen zu kennzeichnen. Sie wären danach also Bolschewisten? Das ist nicht so paradox wie es aussieht. Denn in Wahrheit sind diese Leute die wirklichen, alles zerstörenden Bolschewisten!

# Aus aller Welt

Vor dem Start.

Zeppelins Polarexpedition - Motorengebrumm im Reiche des ewigen Schweigens -  
Der Triumph der Technik.

SPD. Am 24. Juli wird die seit Jahren vorbereitete "erste arktische Studienfahrt der Aeroarktisk" Wirklichkeit werden: Das Luftschiff Graf Zeppelin startet in Friedrichshafen zur Fahrt nach dem Nordpol. Schon ist der im Innern des Luftschiffs notwendige Umbau beendet, schon die gesamte Polarausrüstung beschafft, schon sind alle notwendigen wissenschaftlichen Instrumente an Bord, und die Welt harret voller Spannung auf das Ergebnis der grossen Reise.

Die technische Leitung der Expedition hat Dr. Eckener, seit Nansens Tod Präsident der Aeroarktisk. Die Besatzung des Luftschiffs ist auf 29 Mann reduziert. Ausserdem nehmen an der Fahrt ein Stab von 12 bedeutenden Gelehrten teil, der amerikanische Millionär Ellsworth, ein Journalist, ein Filmopérateur und ein russischer Funkentelegraphist. Die wissenschaftliche Gesamtleitung der Expedition obliegt dem russischen Professor Samoilowitsch, der sich bereits als Führer des Eisbrechers Krassin bei der Rettung der Nobilexpedition in ausgezeichneter Weise bewährte. Ferner ist unter den Gelehrten Professor Moltchanoff, der Direktor des Aerologischen Instituts in Leningrad, der Erfinder des sogenannten "fliegenden Meteorographen": eines kleinen Freiballons von  $1\frac{1}{2}$  Metern Durchmesser, der mit einem kleinen automatischen Kurzwellenradiosender versehen ist; dieser Sender übermittelt dem Luftschiff in bestimmten Zeiträumen exakte Meldungen über Luftfeuchtigkeit, Temperatur und Luftdruck, da die Höhenschicht, in der das Luftschiff fährt, stets möglichst sorgfältig ausgewählt werden muss. Das Seekartenamt Stockholm hat den Kartographen Dr. Ljungdahl entsandt. Von deutscher Seite nehmen Professor Weickmann und Dipl. Ing. Aschenbrenner als Meteorologen, Dipl. Ing. Basse und Dr. med. Kahl-Larsen als Geodäten (der zweite auch als Schiffsarzt) und Hauptmann a. D. Bruhns als Gehilfe des wissenschaftlichen Expeditionsleiters teil.

Hauptmann a. D. Bruhns ist der Geschäftsführer der "Gesellschaft zur Erforschung der Arktis mit dem Luftfahrzeug", kurz genannt "Aeroarktisk". Ausserdem "Luftschiffbau Zeppelin Friedrichshafen" ist die "Aeroarktisk" die eigentliche Veranstalterin der Fahrt, die zum weitaus grössten Teil vom Ausland finanziert wird und keinerlei Inanspruchnahme von Reichsmitteln verlangt. Bruhns, der selbst im Kriege ein Zeppelinluftschiff geführt hat, bemüht sich seit Jahren um das Zustandekommen der Fahrt. Es ist etwa sechs Jahre her, dass er zum ersten Mal seine Polarflugpläne entwickelte. Die Frage, welcher Erfolg von einer solchen Expedition für einen späteren Luftverkehr zu erwarten sei, beantwortete Bruhns mit der Hoffnung, später einmal in  $5\frac{1}{2}$  Tagen regelmässig mit dem Zeppelin von Europa nach Japan fliegen zu können. Diese Berechnung hat heute noch Gültigkeit. Es ist Tatsache, dass der Luftweg von England nach Japan über den Nordpol um 3 000 Kilometer kürzer ist als über Sibirien und um 5 000 Kilometer kürzer als über Amerika. Und was für die Weltwirtschaft vielleicht noch wichtiger sein wird, ist die mögliche Vorbereitung der Verwirklichung eines zuverlässigen Wettervorhersagedienstes auf lange Sicht. Vielleicht wird auch Neuland gefunden werden; es gibt auf der Landkarte noch allerhand "weisse Flecke".

Im Polargebiet wird L.Z. 127 eine Strecke von etwa 10 bis 12 000 Kilometer durchfahren - eine Leistung, die doppelt so gross ist, wie die Nobiles, Amund-

se und Ellsworth's mit der "Norge". Während seinerzeit der Weg der "Norge" von Spitzbergen über den Nordpol nach Alaska führte, ist für den "Graf Zeppelin" gewissermassen ein Weg mit Umwegen vorgesehen. Entsprechend den Wetterbedingungen kann natürlich die Flugroute verändert oder verkürzt werden. Jedenfalls werden Dr. Eckeners sprichwörtlicher "Riecher" für das Wetter, die Meldungen der Wetterwarten aus aller Welt und Professor Moltschanoffs "fliegender Meteor" die Reiseroute des Luftschiffs in ebenso starkem Masse mitbestimmen wie der vorläufige Fahrplan, der zwischen Start und Ziellandung in Leningrad eine etwa sechstägige Reise vorsieht.

+  
Geplant ist, dass die Reise des Luftschiffs Graf Zeppelin von Leningrad über die Novaja Semlja, wo die Nordgrenze der Gletscher bestimmt werden soll, und eine unbekannte Küstenstrecke an der Ostseite näher zu erforschen ist, nach dem Franz Josephs Land führen. Hier sind von besonderem Interesse die nördlichen und nordöstlichen Teile. Dem Franz Josephsland vorgelagert sind die Hoocker Inseln, auf denen sich ein russisches Observatorium befindet, mit dessen Gelehrten möglichst Verbindung aufgenommen werden soll; zur Besatzung dieses Observatoriums gehört übrigens auch eine Frau.

Den russischen Eisbrecher "Malygin", der am Sonntag abend aus Archangelsk ausgelaufen ist, wird das Luftschiff "Graf Zeppelin" an der Wiese-Insel, die wieder etwas südlich der Hoocker-Inseln liegt, treffen. Sollte das Meer hier nicht vereist sein, so wird "Graf Zeppelin" auf dem Wasser niedergehen. Wenn dieses Manöver aber nicht möglich ist, wird der beabsichtigte Post-Austauschverkehr durch Körbe, die vom Zeppelin herabgelassen werden, vorgenommen werden. Der Eisbrecher "Malygin" hat nicht weniger als 12 000 Briefe an Bord, die die Fortsetzung der Reise mit dem Luftschiff mitmachen sollen, und umgekehrt wird auch der "Graf Zeppelin" eine grössere Postmenge für den "Malygin" abzugeben haben.

Etwas weiter östlich, bei der Kamenew-Insel, wird der russische Professor Urwanzef an Bord genommen werden. Professor Urwanzef wurde dort im vorigen Jahr mit drei Begleitern vom russischen Eisbrecher "Sedow" ausgesetzt. Er hat die nunmehr durch die Mitfahrt mit dem Luftschiff wesentlich geförderte Absicht, die dem Nordland vorgelagerte Westküste zu erforschen. Auf der Rückfahrt des "Graf Zeppelin" wird abermals die Kamenew-Insel angesteuert und Urwanzef wieder abgesetzt werden. Ob die Anbordnahme des Forschers mittels ausgeworfener Strickleiter oder durch eine Zwischenlandung auf dem Wasser vorgenommen wird, hängt von den gegebenen Verhältnissen ab.

Die weitere Flugroute wird nach dem Cap Tscheljuskin, nach dem Grossen Ljachow und von da über die neusibirischen Inseln in Richtung Leningrad zurückführen. Bei der Bestimmung des Reisewegs wird eine der Hauptaufgaben Dr. Eckeners sein, jene gefährlichen Zonen zu vermeiden, in denen eine Vereisungsgefahr besteht.

+  
Schon im Jahre 1910 brach eine Zeppelin-Arktis-Expedition von Kiel aus auf. Der Plan der Luftschiff-Expedition ins Polargebiet wurde indes nicht verwirklicht; allerhand widrige Umstände rieten von einer Sache ab, die damals eine Tollkühnheit gewesen wäre. Nur vom Fesselballon aus sah der alte Graf Zeppelin das einsame, weisse Land seiner Sehnsucht. Wenn nun Dr. Eckener und eine Schar internationaler Gelehrter jetzt, 21 Jahre später, den Luftriesen die grosse Reise antreten lassen wollen, so begleiten sie die besten Wünsche der ganzen Welt.

+ + +  
Vier Hinrichtungen. Auf Grund eines militärgerichtlichen Urteils wurden in der litauischen Kreisstadt Schaulen 4 Banditen hingerichtet, die seit mehreren Jahren die Landstrassen Nordlitauens unsicher machten.

+ + +

Ehemord. In Freiburg tötete eine Frau ihren Ehegatten durch zwei Revolver= verschüsse. Die Täterin, die verhaftet wurde, gab an, von ihrem Ehemann während eines Streites mit dem Beil bedroht worden zu sein.

+ + +

Schlepperkatastrophe. Der Motorschlepper eines italienischen Artillerie= regiments stiess in der Nähe von Palermo (Sizilien) bei dem Versuch, einem Bau= ernwagen auszuweichen, gegen eine Strassenmauer, durchbrach diese und stürzte mit dem Geschütz, das er hinter sich herzog, einen Abhang hinunter. Drei Mann wurden getötet, drei schwer verletzt.

+ + +

Einen Hai gefangen! Fischer haben im Golf von Livorno einen 14 Meter lan= gen Haifisch der Art des "Cetorhinus Maximus" gefangen, wie er nur äusserst selten in den Mittelmeergewässern vorkommt. Dieser vollkommen ungefährliche Hai lebt gewöhnlich im nördlichen Atlantischen Ozean.

+ + +

Banküberfall. Bei einem Raubüberfall auf eine Bank in Green Bay (Wiscon= sin, USA) erbeuteten Banditen etwa 10 000 Dollar. Zwischen der sofort alarmier= ten Polizei und den fliehenden Räubern entspann sich ein wildes Feuergefecht. Der Polizeichef und zwei Beamte erlitten Verletzungen.- Bei einem Raubüberfall auf eine Chicagoer Bank entkamen mehrere Verbrecher mit 7 000 Dollar.

+ + +

68 Häuser verbrannt. Infolge Brandstiftung wurden in dem Dorfe Nadlesek (Jugoslawien) 68 Bauernhäuser und ein grosser Teil der bereits eingebrachten Ernte ein Raub der Flammen. Ein enttäuschter Bettler ist der Brandstiftung verdächtigt.

+ + +

Gold= und Radiumfunde! Die unter Leitung des amerikanischen Geologen Tho= mas G. Donovan stehende geologische nord=kanadische Expedition entdeckte an den Ufern des Grossen Bärensees riesige Kupfer=, Silber= und Golderzlager so= wie eine grössere Quantität von radiumhaltigen Uranerzen. Eine an der Univer= sität Akberto durch Professor Allan vorgenommene Analyse dieser Erze berech= nete den Wert des gefundenen Kupfererzes mit 160 Mark pro Tonne, den des Sil= bererzes mit 4 000 Mark pro Tonne und den des Uranerzes mit 40 000 Mark pro Tonne. Der hohe Wert des Uranerzes macht selbst einen Lufttransport rentabel, der vorläufig der einzig mögliche ist. Wahrscheinlich wird aber jetzt eine Eisenbahn nach dem Grossen Bärensee gelegt werden.

+ + +

"Steuern" in Andorra. Der Präsident der Republik Andorra und die Mit= glieder des "Grossen Rates" haben ihre Untertanen wissen lassen, dass sie in Zukunft nicht mehr umsonst regiert werden. Der Präsident der Republik verlangt ein Jahresgehalt von 30 Mark, und die Ratsmitglieder fordern Diäten und Spe= senvergütung in entsprechender "Höhe". Damit die notwendigen Summen aufge= bracht werden, muss jeder Bauer für jede Kuh und jedes Pferd aus seinem Besitz jährlich 24 Pfennig zahlen und für jedes Schwein und Schaf 4 Pfennig. Andor= ras reichster Bauer hat auf diese Weise immerhin 160 Mark pro Jahr zu zahlen.

+ + +

31 Millionen Polen. Die letzte polnische Bevölkerungsaufnahme ergab eine Einwohnerzahl von 31 Millionen. Damit hat die Bevölkerung Polens in den letzten 10 Jahren um 4 Millionen zugenommen.

+ + +

10 000 Mordwaffen vernichtet. Die New-Yorker Polizei hat etwa 10 000 Re= volver, Dolche, Schlagringe und andere Mordwaffen, die innerhalb des letzten Jahres bei Verbrechern gefunden wurden, in der Nähe von Sandy Hook an einer tiefen Stelle ins Meer versenkt.

-----



Stahlhelmann Lübbert.

(Ein Beitrag zur gegenwärtigen Wirtschaftsmisere.)

SPD. "Die öffentliche Hand darf überhaupt nicht, jedenfalls möglichst wenig wirtschaften. Das Wirtschaften soll vielmehr der individualistischen Tätigkeit vorbehalten sein."

Diesen Satz sprach Generaldirektor Lübbert unter begeisterter Zustimmung des Stahlhelmbundvorstandes, als dessen wirtschaftlicher und besonders finanzieller Berater Herr Lübbert mit grossem Eifer fungiert. Lübbert ist der Mann, den der Stahlhelm des Öfteren als den Finanzminister in Deutschland proklamierte, wenn das "gegenwärtige System" erst nach Stahlhelmwünschen neu geformt ist. Wer nun neben den Worten des Generaldirektors auch seine Taten etwas näher kennt, wird der Auffassung sein, dass sein Satz von der öffentlichen Wirtschaft einer Ergänzung bedarf. Denn der "individualistischen Tätigkeit" Lübberts ist nicht nur das Wirtschaften, sondern - in viel grösserem Umfange - das Verwirtschaften vorbehalten geblieben. Lübbert ist nicht nur der typische Inflationsgewinner, sondern auch ein Vertreter jener Klasse von überspannten Unternehmernaturen, die durch riesige Fehlinvestitionen und Ueberspekulationen in erster Linie die Schuld an der gegenwärtigen Wirtschaftsmisere tragen.

Lübbert ist seit einigen Jahren Generaldirektor der A.G. für Verkehrswesen, des grössten Kleinbahnkonzerns in Deutschland. Nachdem Lübbert während der Inflationszeit deutsches Vermögen in Südafrika liquidierte und neben Riesegehältern auch riesige Inflationsgewinne einsteckte, kam er eines guten Tages nach Deutschland und erwarb die A.G. für Verkehrswesen für ein Butterbrot. Während ganz weniger Jahre trieb diese unter Lübbert eine solche Expansionspolitik, dass das Unternehmen das Aktienkapital verzehnfachen konnte. Verkehrswesen wurde der grösste Kleinbahntrust in Deutschland. Aber das genügte nicht. Lübbert ging weiter. Die A.G. für Verkehrswesen sollte auch der grösste Bau-trust werden. So griff man unter Aufwendung grosser Kapitalien auf den Bau-markt über. Zu der alten Baugesellschaft Lenz & Co. kam die Held & Francke Industriebau A.G., dann die Dyckerhoff und Widmann, kurz Dywidag genannt. Daran scheiterte Lübbert. Liquidationen, Konkurse, Stilllegungen, vermehrte Arbeitslosigkeit und zu guter Letzt viele, recht viele Handwerker und kleine Unternehmer, die ihre Forderungen in den Schornstein schreiben müssen, bezeichnen die Wege, die eine derartige Ueberexpansion in ihrem Zusammenbruch nimmt.

Dass diese Verkoppelung zwischen Bahn und Bauinteressen keine organische war, kümmerte Lübbert wenig, obgleich die Stahlhelmmänner gar zu gern gegen die mechanische geistlose Wirtschaftsführung wettern und sich für die organische einsetzen; ebenso wenig achtet er auf die Qualität der übernommenen Werke. So musste es dazu kommen, dass die mit kühnem Angriffsgeist gerittene Attaque auf die Baugesellschaften ein gar klägliches Ende fand. Die Konzerngesellschaft Lenz & Co. musste 1930 infolge schwerer Verluste ihr Aktienkapital von 11,2 Millionen auf 6 Millionen heruntersetzen; für die Sanierung hat die Verkehrswesen 5,2 Millionen hingegeben und dafür Beteiligungen, Hypotheken usw. von Lenz übernommen, über deren Realisierungsmöglichkeit kein Urteil zu fällen ist.

Der grösste Schlag aber war die Pleite der Held u. Francke Industrie A.G., die, erst im Jahre 1928 übernommen, ein Jahr später einen Verlust von 11 Millionen Mark ausgewiesen hat. - Allerdings hat die Verkehrswesen A.G. soeben in er-

ster Instanz den Schadensersatz Prozess gegen die Schlesische Portland Zement gewonnen, die ihr diese "glänzende" Beteiligung angedreht hat. Aber da der Prozess weiter geht, ist noch garnicht zu übersehen, wie die endgültige Entscheidung ausfallen wird. - Die Rechtslage ist wenig klar. Auch Lübbert trifft gewiss Mitschuld, da er bei der Uebernahme nicht mit genügender Vorsicht vorgegangen ist. Er hat z.B., da ihm die Bilanz der Held u. Francke A.G. nicht ganz klar erschien, eine Treuhandgesellschaft zur Prüfung herangezogen, hat aber dann, als der Bericht der Treuhand erst nach manchen Verzögerungen kam, ihn gar nicht gelesen. Hätte er ihn mit der erforderlichen Aufmerksamkeit studiert, so wäre er vermutlich von den Ereignissen weniger überrascht worden. - Aber nichts geht doch über den frischen Mut unserer Wirtschaftsführer, die ohne langes Zaudern riesige Transaktionen abschliessen, mit dem angenehmen Bewusstsein, dass die Verantwortung dafür sie nicht trifft. -

Das Schicksal der Revision bei Held u. Francke ist auch noch in anderer Beziehung sehr bemerkenswert. Zuerst wurde mit der Abfassung des Berichts die Deutsche Treuhand A.G. beauftragt. Als sie vermutlich die Undurchsichtigkeit der Geschäftsführung bei Held u. Francke erkannte, forderte sie berechtigterweise den Generalauftrag zur Ueberprüfung aller Verhältnisse. Darauf hat das Aufsichtsratsmitglied Sobernheim von der Privat- und Commerzbank kurz und bündig erklärt: wenn die Deutsche Treuhand solche Forderungen stelle, dann solle man sich ganz einfach eine andere Treuhandgesellschaft nehmen. Und so wurde es in der Tat auch gemacht! - Eine Episode, die gerade heute verdient festgehalten zu werden, da die Kontrolle der Aktiengesellschaften durch private Treuhänder vermutlich bald von der Industrie propagiert werden wird, - um die gefürchtete staatliche Kontrolle zu vermeiden.

Immerhin hat Herr Lübbert mit dem Prozessausgang Glück gehabt, da die Schlesische Portland Zement zur Zurücknahme der Aktien und zur Auszahlung eines Schadenersatzes verurteilt wurde. Weniger glücklich hat er in einer anderen Sache operiert. Die Verkehrswesen besass unter ihren faulen Baubeteiligungen eine einzige gute: die Dyckerhoff u. Widmann A.G. Um wieder flott zu werden, ist auch diese Beteiligung abgestossen worden, unter Begleitumständen, die immer noch einer Klärung dringend bedürfen.  $3\frac{1}{2}$  Millionen Dywidagaktien wurden gegen eigene, also Verkehrsaktien im Verhältnis von 1 zu 1 ausgetauscht, wobei die Dywidag um etwa 20 % im Kurs höher eingeschätzt werden als die Verkehrswesen-Aktien und obgleich weiter die Dywidag 8 % Dividende in diesem Jahr gab, während die Verkehrsaktien dividendenlos geblieben sind. - Die Motive zu diesem Umtauschgeschäft, das der Verkehrswesen etwa 1 Million weniger brachte als normalerweise zu erwarten war, sind durchaus nicht klar gestellt.

Nur eins steht fest: dass die von Verkehrswesen übernommenen Verkehrsaktie aus dem Besitz einer englischen Gruppe stammen, die im Aufsichtsrat der Verkehrswesen A.G. vertreten war. - Der Gedanke liegt nahe, dass die Engländer - was sagt der Stahlhelm zu dieser Verramschung ans Ausland? - auch der glückliche Erwerber der Dywidagaktien sind, was allerdings von Herrn Lübbert nicht zugegeben wird, ohne dass er andererseits trotz vielfacher Aufforderungen die Erwerber genannt hat. - Wer sie auch sein mögen, sie haben auf dem Rücken der Verkehrswesen und der deutschen Wirtschaft ein ganz ausgezeichnetes Geschäft gemacht.

Die Unklarheit, die bei dieser Transaktion zutage tritt, ist im übrigen kein Ausnahmefall in der Geschäftsführung der Verkehrswesen A.G. - Auf der letzten Generalversammlung haben die Aktionäre mit Recht sich darüber beschwert, dass die diesjährige Bilanz, die als Sanierungsbilanz von besonderer Klarheit hätte sein müssen, es gerade an Klarheit und Durchsichtigkeit besonders fehlen lässt. - So vermisst man z.B. eine Spezifikation der Eingänge aus Beteiligungen, Dividenden, Zinsen usw. So sind in der Bilanz, was vielleicht noch schwerer wiegt die Kreditoren und Debitoren gegeneinander aufgerechnet, so dass ein Vergleich über die Entwicklung dieser beiden aufschlussreichen Posten in der Sanierungszeit nicht möglich ist.

## Berliner Viehmarkt.

(21. Juli 1931)

SPD. Der Berliner Markt hatte durchaus normale Belieferung. Vielleicht dürfte die Beschickung mit Schweinen unter 200 Pfund zu knapp gewesen sein, was dazu führte, dass die Preise teilweise bis zu 4 Pfennigen anzogen. Auch die anderen Klassen konnten daran profitieren. Auf dem Kälbermarkt führte die grosse Nachfrage bei glattem Geschäft zu Preissteigerungen. Auf dem Rindermarkt genügte das Angebot. Bei ruhigem Geschäft gaben auf dem Hammelmarkt die Preise zum Teil nach.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) 47 - 50 (45 - 46), b) (240 - 300 Pfd.) 47 - 50 (45 - 46), c) (200 - 240 Pfd.) 47 - 50 (44 - 46), d) (160 - 200 Pfd.) 46 - 48 (41 - 44), e) (120 - 160 Pfd.) 42 - 45 (38 - 40), Sauen 45 - 46 (43 - 43). Schafe a) 53 - 55 (53 - 55), b) 47 - 52 (48 - 51) c) 40 - 45, d) 27 - 36 (27 - 35). Kälber: b) 52 - 59 (47 - 56), c) 45 - 55 (40 - 50), d) 32 - 42 (30 - 38). Kühe: a) 33 - 37 (33 - 37), b) 26 - 31, c) 21 - 25 (21 - 25), d) 18 - 20 (18 - 20).

SPD. Der Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, der Deutsche Industrie- und Handelstag, die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Reichsverband des Deutschen Gross- und Ueberseehandels und der Reichsverband der Deutschen Industrie haben gemeinsam den zuständigen Regierungsstellen gegenüber die Notwendigkeit hervorgehoben mit sofortiger Wirkung überall dort Ausnahmen zuzulassen, wo überwiegende wirtschaftliche Gründe gegen die Erschwerung von Auslandsreisen sprechen. Solche Ausnahmen sind vor allen Dingen nötig für nachgewiesene Geschäftsreisen, für die Entsendung von Arbeitnehmern in das Ausland zur Ausführung von Auslandsaufträgen deutscher Firmen, also in erster Linie von Monteuren und Schiffsbesatzungen; auch für gewisse Bildungszwecke seien Ausnahmen erwägenswert. Schliesslich wird betont, dass der Erholungsreiseverkehr auf deutschen Seeschiffen von deutschem Hafen nach deutschem Hafen wirtschaftlich überhaupt nicht als Auslandsreise gelten dürfe und anzusehen sei und daher ebenfalls von der Gebührenerhebung ausgenommen werden sollte.

SPD. Uns wird geschrieben: Wir haben angesichts der Grosspleiten in der deutschen Industrie wieder betont, dass die Arbeiter die Hauptleidtragenden sind. Die Aktionäre bringen, da ihr Aktienbesitz ja so gut wie wertlos wird, ein finanzielles Opfer. Dieses Opfer wird in vielen Fällen recht schwer sein. Aber der Arbeiter bezahlt die Fehlleitungen und Ueberspekulationen, die den Grosspleiten zugrunde liegen, mit der Existenz. Das Unternehmen, wo er Arbeit und Verdienst fand, wird geschlossen. Er steht auf der Strasse.

Alle Folgerungen, die sich aus einer solchen Entwicklung ergeben, werden wieder im Falle der Nordwolle sichtbar, die am Dienstag in den Konkurs gegangen ist. Die Nordwolle, der grösste Wollkonzern auf dem Kontinent, hat so ziemlich in allen Textilbezirken Deutschlands Fabriken unterhalten, deren Belegschaften nach Zehntausenden zählen. Was wird aus diesen Fabriken und was wird aus diesen Belegschaften? Aus den verschiedenen Bezirken hat man bereits von Stilllegungsanzeigen und Stilllegungen der Nordwollebetriebe gehört. Die Entwicklung muss sich unter Einfluss des Konkurses verschärfen. Nun liegen die Dinge so, dass sich die Nordwolle in ihrem wahnsinnigen Expansionsdrang zum Teil bereits bankrotte Betriebe angegliedert hat. Sie werden nicht zu retten sein. Darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. Andererseits steht

aber auch fest, dass die Nordwolle über technisch ganz hervorragende Betriebe verfügt. Hier müsste die Rettungsaktion einsetzen. Es muss vor allem verhütet werden, dass diese Betriebe verramscht werden. Das bedeutet in der Regel Aufkauf durch die Konkurrenz, die sie dann, um den eigenen Absatz zu stärken, in den meisten Fällen stilllegen wird. Damit ist eine Vergeudung von volkswirtschaftlich wertvollem Kapital verbunden. Man muss sich fragen, ob wir uns eine derartige Vergeudung gestatten können. Die Dinge dürften bei der Nordwolle auch so liegen, dass gerade diese technisch gut ausgerüsteten Betriebe von der Nordwolle "ausgeschlachtet" worden sind. Man hat Anlass zu der Vermutung, dass gerade die rentablen Betriebe von der Nordwolleleitung benutzt wurden, um Schulden abzuwälzen. An dieser Ausschachtung dürfen diese Betriebe nicht zugrunde gehen. Es ist volkswirtschaftliches Gebot, dass die Konkursverwalter hier die Lage überprüfen und dahin klären, inwieweit die Betriebe rentabel sind und wie weit die Notlage nicht aus der eigenen Geschäftsgebarung stammt, sondern durch die Finanzierungsmethode der Nordwolle veranlasst worden ist. Ein solches Vorgehen liegt auch durchaus im Interesse der Arbeitsmärkte. Eine Steigerung der an sich schon hohen Arbeitslosenzahlen im Textilgewerbe durch die Nordwollepleite ist unerwünscht und muss unter allen Umständen vermieden werden.

Ueber die Kapitalmassen, um die es bei dem Nordwollekonkurs geht, unterrichtet folgende Aufstellung: Die Gesamtschulden des Nordwollekonzerns sind vor einiger Zeit mit 240 Millionen Mark angegeben worden. Mit einer Steigerung ist immer noch zu rechnen. Davon entfallen etwa 50 Millionen Mark auf ausländische, vor allem holländische Geldgeber. Ungeklärt ist noch die Frage, ob das holländische Konsortium der Nordwolle schon einen Vorschuss auf die Uebernahme der 30 Millionen Mark Vorzugsaktien gegeben hat, die die Nordwolle vor einiger Zeit schuf, um sich flüssige Mittel für eine Reorganisation des Unternehmens zu beschaffen. Der Hauptteil der Forderungen entfällt auf die deutschen Banken. Allein die Forderungen der Danatbank dürften sich auf 40 Millionen Mark belaufen. Die Danat hat also fast die Hälfte ihres Aktienkapitals in der Konkursmasse der Nordwolle festliegen. Von diesen rund 40 Millionen Mark Danatkrediten entfallen 12 Millionen Mark auf die Tochtergesellschaften. Hier wäre z.B. Anlass gegeben zu überprüfen, inwieweit das Schulden sind, die die Tochtergesellschaften wirklich gemacht haben, oder ob es sich um überwälzte Konzernschulden handelt.

-----

SPD. Der dem Thyssenkonzern nahestehende Bremer Vulkan Schiffsbau und Maschinenfabrik in Vegesack ist eine der wenigen Werften, der es auch in der Krisenzeit möglich ist, eine Rekorddividende zu verteilen.

Aus einem Reingewinn von 870 000 Mark (im Vorjahr 930 000 Mark) werden 8 Prozent verteilt. Die Vorjahrsdividende betrug ebenfalls 8 Prozent. Das Unternehmen hat im verflissenen Jahre 7 Neubauten mit zusammen 165 000 Tonnen Tragfähigkeit herausgebracht; darunter befindet sich ein Frachtdampfer für Frankreich. In Arbeit befinden sich gegenwärtig Tankmotorschiffe für englische Rechnung und für die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft. Die Werft hofft, aufgrund dieser Auftragsbestände den Betrieb aufrechterhalten zu können.

Bei der Entwicklung des Bremer Vulkan muss berücksichtigt werden, dass der Werft aus dem Thyssenkonzern billigeres Eisen zur Verfügung steht. Sie wird also im Konkurrenzkampf begünstigt, was die Unhaltbarkeit unserer gegenwärtigen Eisenpolitik schlagend beweist.

-----

Wenig Interesse für neue Ware.

-----  
(Berliner Getreidebörse vom 21. Juli)

SPD. Auch an der Berliner Produktenbörse von Dienstag beschränkte sich der Verkehr im wesentlichen auf den Handel mit Brotgetreide aus alter Ernte. Es lag einiges Angebot vor, das zu unveränderten Preisen Aufnahme fand. Für Roggen und Weizen neuer Ernte zeigte sich dagegen wenig Interesse. Allerdings war auch Angebot kaum vorhanden, da bei der wenig günstigen Witterungslage mit einer Verzögerung der Ernte gerechnet werden muss. Auch in neuer Wintergerste herrschte wenig Unternehmungslust, nachdem der dringendste Bedarf der Industrie gedeckt zu sein scheint. Dagegen hatte Hafer laufendes Geschäft bei leicht anziehenden Preisen. Das Mehlgeschäft entwickelte sich weiter regulär; der laufende Bedarf wurde glatt bezahlt. Die Preise waren im wesentlichen unverändert.

|                   | <u>20. Juli</u>                | <u>21. Juli</u> |
|-------------------|--------------------------------|-----------------|
|                   | (ab märkische Station in Mark) |                 |
| Weizen            | 255 - 257                      | 256 - 258       |
| Roggen            | 188 - 193                      | 188 - 193       |
| Neue Wintergerste | 151 - 159                      | 151 - 159       |
| Hafer             | 162 - 168                      | 163 - 169       |
| Weizenmehl        | 30,75 - 37,25                  | 30,75 - 37,25   |
| Roggenmehl        | 27,50 - 29,75                  | 27,75 - 30,00   |
| Weizenkleie       | 12,90 - 13,20                  | 13,00 - 13,25   |
| Roggenkleie       | 11,50 - 12,00                  | 11,75 - 12,25.  |

-----  
Rauhfutternotierungen.

-----  
(21. Juli)

|   |       |                  |                             |
|---|-------|------------------|-----------------------------|
| Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen) | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,50 - 0,65                 |
| " " Weizenstroh                             | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,40 - 0,55                 |
| " " Haferstroh                              | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,40 - 0,55                 |
| " " Gerstenstroh                            | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,40 - 0,55                 |
| Roggen=Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,70 - 0,85                 |
| Bindfadengepresstes Roggenstroh             | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,50 - 0,70                 |
| " " Weizenstroh                             | ..... | R $\mathcal{H}$  | 0,40 - 0,55                 |
| Häcksel                                     |       | Tendenz ruhig... | R $\mathcal{H}$ 1,35 - 1,55 |
| Gutes Heu, gesund und trocken               |       | .....            | R $\mathcal{H}$ 1,55 - 2,05 |
| Luzerne, lose                               |       | .....            | -                           |
| Thymothee, lose                             |       | .....            | -                           |
| Kleeheu, lose                               |       | .....            | -                           |
| Drahtgepresstes Heu                         |       | R $\mathcal{H}$  | 0,30 über Notiz.            |
|   |       | Tendenz ruhig.   |                             |

-----

# Gewerkschaftliche Rundschau

## Heimarbeiter und Notverordnung.

SPD. Eine besondere Grausamkeit der Notverordnung liegt in dem Versuch, die Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung zu verdrängen. Wird diese Absicht durchgeführt, dann bedeutet das für die Aermsten der Arbeiter eine geradezu ungeheuerliche Härte; denn das Heimarbeiterelend hat in diesen Tagen der allgemeinen Not wahrhaftig nichts von seiner Schauerlichkeit verloren.

Die freien Gewerkschaften lassen zurzeit in den wichtigsten Heimarbeiterbezirken neue Besichtigungen und Beobachtungen durchzuführen, um die Arbeits- und Unterstützungsverhältnisse an Ort noch einmal genau nachzuprüfen. Die Elendsbilder, die bei dieser Nachprüfung sichtbar wurden, sind erschütternd. Erschreckende Armut tritt überall zum Vorschein. Die Unterernährung ist etwas Selbstverständliches. Sie ist so schlimm, dass z.B. die aus den thüringischen Heimarbeitergebieten zu einem Erholungsurlaub in die Sommerfrische verschickten Heimarbeiterkinder nicht imstande waren, das ihnen vorgesetzte bessere Essen zu geniessen, weil der Magen so geschwächt war, dass er eine kräftigere Kost nicht mehr bewältigen konnte. Fleisch gibt es in der Heimarbeiterfamilie so gut wie gar nicht. Die Arbeitszeit ist durchschnittlich 14 bis 16 Stunden. Die Entlohnung fürchterlich. So erzielt z.B. eine Heimarbeiterfamilie in Lauscha (Thüringen), die Christbaumschmuck verfertigt, und aus 5 Köpfen besteht, bei Beschäftigung des Vaters, der Mutter und eines Kindes im Monat netto 25 Mark. Ein Qualitätsarbeiter unter den Maskenmachern, d.h. ein Heimarbeiter, der Maskenaugen herstellt, erhält für die Verfertigung eines Auges, wozu er eine halbe Stunde braucht, inklusive Materialien 30 bis 50 Pfennig.

Eine Herausnahme der Heimarbeiter aus der Arbeitslosenversicherung wäre nichts anderes als eine Brutalität. Schon die letzte Verordnung des Verwaltungsrates vom Oktober vorigen Jahres, wonach Heimarbeiterfamilien mit mindestens 3 familienangehörigen oder 2 familienfremden Hilfskräften aus der Versicherung ausschieden, war eine sehr schmerzliche Härte; denn es liegt ja auf der Hand, dass eine Heimarbeiterfamilie sich nur über Wasser halten kann, wenn möglichst viel Familienangehörige mitarbeiten.

Schwarzarbeit kommt natürlich vor, und was nicht sein darf, darf und soll nicht sein. Allein, wo wird nicht gesündigt und wo wären die Schwarzarbeitersünde verzeihlicher als bei den armen Teufeln der Heimindustrie? Wenn aber schon unbedingt Vorsorge getroffen werden soll, damit nicht ja einer der am Hungertuch nagenden arbeitslosen Heimarbeiter ein paar Groschen zuviel erhält, braucht man noch nicht gleich das Kind mit dem Bad auszuschütten, dann lässt sich immer noch durch eine geeignete Kontrolle Abhilfe schaffen, vielleicht durch die Einführung von Arbeitsbüchern oder durch die Festlegung einer Pflicht des Arbeitgebers, alle Aufträge über die Arbeitsämter zu erteilen.

Die Heimarbeitergemeinden wehren sich verzweifelt gegen die Absicht, die Heimarbeiter aus der Versicherungspflicht herauszunehmen. Sie finden dabei auch die Unterstützung der Handwerkskammer. Beide: Gemeinden und Handwerkskammern fordern mit allem Nachdruck, dass die Versicherungspflicht bestehen bleiben muss. Nur die Industrie- und Handelskammer ist dagegen. Für sie ist anscheinend die Parole der Arbeitgebervereinigung massgebend. Die Gemeinden kämpfen mit ihrem Kampf um die Erhaltung der Arbeitslosenunterstützung für die Heimarbeiter um ihre eigene Existenz; denn sie sind rettungslos dem völligen Bankrott ausgeliefert, wenn die ganze Wucht der Arbeitslosigkeit in der Heimindustrie

zu sie fällt. Schon jetzt leben sie ja vielfach nur von Vorschüssen auf künftige Ansprüche!

Das Mindeste, was man erwarten darf, ist eine Ausdehnung der Uebergangszeit für die Hausgewerbetreibenden und Heimarbeiter auf ein Jahr, ähnlich wie für die unständig Beschäftigten durch die Novelle vom 12. Oktober 1929 eine Uebergangszeit von einem Jahr bis zur Regelung durch den Verwaltungsrat vorgesehen wurde.

=====

SPD. Der pommersche Landbund hat an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem auf die Schwierigkeiten der Erntefinanzierung mit besonderem Nachdruck hingewiesen wird. In Ostpreussen spricht man bereits von einer Gefährdung der Ernte infolge der mit der Bankenkrise verbundenen Finanzschwierigkeiten und von unvermeidlichen Arbeiterentlassungen.

Finanzschwierigkeiten mögen vorhanden sein. Deshalb sollten jedoch die landwirtschaftlichen Arbeitgeber nicht gleich den Teufel an die Wand malen. Allen Anschein nach wollen sie damit auf die Regierung einen Druck ausüben.

Man darf erwarten, dass die massgebenden Stellen schleunigst Klarheit schaffen, damit nicht ausgerechnet jetzt die Oeffentlichkeit auch noch mit dem Gerücht über eine Bedrohung der Ernte beunruhigt wird. Bedenklich wäre es, wenn die Stütze, die der Arbeitsmarkt bisher von der Seite der Landwirtschaft her hatte, nun auch noch wegfiel, da gerade jetzt in der Industrie mit neuen Entlassungen gerechnet werden muss.

=====

SPD. Am Dienstag tagte der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zum ersten Male in Berlin. Seinen Beratungen ging eine schlichte Feier zur Einweihung seiner neuen Sitzung voraus, dessen Quartier im Arbeiterviertel Berlin-Südost in der Köpenickerstrasse aufgeschlagen worden ist. Zur Feier waren Vertreter der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen, der Sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion, der Internationalen Berufssekretariate, die ihren Sitz in Berlin haben, und der sozialdemokratischen Arbeiterpresse eingeladen.

Der Vorsitzende des IGB, Citrine, der Generalsekretär der englischen Gewerkschaften, beleuchtete in seinem Begrüßungswort mit starker innerer Anteilnahme die Not des deutschen Volkes. Ungeheures, erklärte er, hat das deutsche Volk seit dem Krieg erduldet, und die Krisen, die es durchgemacht hat, sind fast nicht zu zählen. Kein Volk der Erde hat soviel gelitten wie das deutsche, und die Ausdauer und der Mut, die vor allem die breiten Massen des deutschen Volkes in diesen harten Zeiten offenbarten, sind bewundernswert. Der IGB, der jetzt in Berlin seinen Sitz hat, ist stolz darauf, die deutschen Gewerkschaften zu seinen Mitgliedern zu zählen. Der entschlossene und zähe Aufbauwille der deutschen Gewerkschaften ist für uns in England seit Jahren Vorbild und Muster, und Namen wie Leipart, Wels und Breitscheid haben nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt einen guten Klang. Die deutsche Arbeiterklasse wird auch die jetzige Krise, wohl die schwerste von allen, siegreich überwinden.

Im Namen der Sozialdemokratie begrüßte Otto Wels den IGB an seinem neuen Sitz. Er betonte, es sei für den IGB vielleicht von Nutzen, wenn er an der Stelle sein Standquartier habe, wo die Wirtschaftskrise, die heute die ganze Welt erschüttere, am stärksten tobe. Leipart erklärte für die deutschen Gewerkschaften, dass sie die hohe Ehre der Sitzverlegung nach Berlin wohl zu würdigen wüssten. Die deutschen Gewerkschaften würden es unter allen Umständen vermeiden, irgendwie in die Geschäfte des IGB dreinzureden; sie würden ihn aber mit allen Kräften unterstützen. Käppler, der Sekretär der Bauarbeiterinterna-

tionale, gab der Ueberzeugung Ausdruck, dass das innige Zusammenarbeiten zwischen dem IGB und den internationalen Berufssekretariaten auch in Berlin gewährleistet sein werde.

Die Vorstandssitzung fasste eine Reihe bedeutsamer Beschlüsse. Es wurde eine Entschliessung und ein Aktionsprogramm zur internationalen Abrüstung ausgearbeitet, die der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale und danach dem Internationalen Sozialistischen Kongress in Wien zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Grosse internationale Arbeiter-Meetings sind vorgesehen; ebenso soll in allen Ländern ein Petitionssturm zur Förderung der Abrüstung entfacht werden. Die Sommerschule des IGB wird in diesem Jahr vom 23. bis 29. August im Ruskin-College in Oxford abgehalten. Die schon seit längerer Zeit geplante Studienreise nach dem fernen Osten (Japan, China und Indien) wird im nächsten Jahr durchgeführt. Die Vorbereitung der Reise liegt in der Hauptsache in den Händen der japanischen Gewerkschaften. Mitte September wird der Generalsekretär des IGB nach Jugoslawien, Bulgarien, Griechenland und Aegypten fahren, um die dort bestehenden Zwistigkeiten zu beheben.

SPD. In Preussen sind vom Januar bis März dieses Jahres bei Notstandsarbeiten, die aus Landesmitteln verstärkt gefördert wurden, von Arbeitslosen insgesamt 553 995 Tagewerke geleistet worden. Beschäftigt waren im Januar 10 425 Arbeitslose, im Februar 9 879 und im März 15 589. Auf Meliorationen entfielen 55 700 Tagewerke, auf Strassenbau 276 943, Kraftgewinnungsanlagen 34 641, sonstige Tiefbauten 159 052, Baustoffherstellung und Herrichtungen von Siedlungsgelände 23 327 und auf Anlage von Sport- und Erholungsplätzen 4 332.

An grösseren Notstandsarbeiten, für die ein Förderungsbetrag von mehr als 100 000 RM Landesmittel zugesichert war, sind in der Berichtszeit neu in Angriff genommen worden: im Regierungsbezirk Königsberg i. Pr.: Steinbahnverbreiterungen bei 210 km Provinzialstrasse, im Regierungsbezirk Lüneburg: Kanal- und Strassenbauten in Uelzen sowie Umbau und Verbreiterung von Provinzialchauseen, im Regierungsbezirk Osnabrück: Umbau und Verbreiterung von Provinzialchauseen und im Regierungsbezirk Wiesbaden: Bau der Umgehungsstrasse Hattersheim-Gr. Höchst a/M.

SPD. Die von der Reichsregierung angeordnete ratenweise Zahlung der Gehälter ist in einer besonderen Durchführungsverordnung folgendermassen geregelt: Den Beamten, Ruhegehaltsempfängern und Angestellten des Reichs, der Länder und Gemeinden wird vorübergehend am nächsten Gehaltsfälligkeitstermin nur die Halbte der sonst üblichen Zahlungen geleistet, der Rest wird 10 Tage später ausgezahlt. Bezüge für Dienstleistungen im Privatdienst, die für einen Zeitraum von mindestens 1 Monat gewährt werden, können vorübergehend ebenfalls gestaffelt ausgezahlt werden, jedoch muss mindestens die Hälfte des Monatsbezugs am bisherigen Fälligkeitstag und der Rest 10 Tage später ausgezahlt werden. Bei Bezügen, die für einen längeren Zeitraum als für einen Monat gewährt werden, muss der auf einen Monat entfallende Teilbetrag mindestens je zur Hälfte am 1. und 15. dieses Monats zur Auszahlung kommen.

Die von der ratenweisen Auszahlung der Gehälter betroffenen Personen können auch ihre Mieten jeweils in zwei Raten entrichten.

SPD. Die Reisekosten und Tagegelder der Reichsbeamten sollen gekürzt werden. Ein Entwurf hierfür ist bereits fertiggestellt.